

Allgemeine Anträge

Antrag: A 48

Beschluss des Landesparteitages: Annahme

Thema: Frauen und Rechtsextremismus

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD Sachsen stellt sich hinter die aktuellen Forderungen der Bundeskonferenz der Landesfrauenräte und fordert eine klare Positionierung der Sächsischen Staatsregierung, der Landtagsfraktionen, der Bundesregierung und Bundestagsfraktionen zum Thema Frauen und Rechtsextremismus.

Die SPD Sachsen fordert die jeweiligen politischen Entscheidungsebenen auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Genderperspektive sowohl in der politischen und pädagogischen Praxis als auch in der Forschung zu Rechtsextremismus stärker integriert wird.

Wir fordern, dass für Frauen und Mädchen spezifische und auf die aktuellen Gegebenheiten in der rechtsextremen Szene zugeschnittene Angebote in der Jugendarbeit entwickelt und unterbereitet werden. Dazu gehören auch gezielte Angebote an rechtsextrem gefährdete Mädchen.

Wir fordern, Frauenhäuser und Frauenhilfeeinrichtungen für das Thema Rechtsextremismus entsprechend sensibilisiert und geschult werden.

Wir fordern Ausstiegsprogramme, die speziell für Frauen und Mädchen zugeschnitten sind. Die bisher existierenden Programme orientieren sich nahezu ausschließlich am männlichen Aussteiger. Gewaltschutz für Frauen und Mädchen muss ein grundlegender Bestandteil dieser Programme sein.

Wir fordern, dass demokratische Strukturen und Geschlechtergerechtigkeit früh geübt werden. Im Rahmen der Weiterbildung sind Lehrkräfte und pädagogische MitarbeiterInnen für dieses Thema zu sensibilisieren. Es bedarf einer adäquaten Aufnahme des Themas in Rahmenlehrpläne und pädagogische Richtlinien frühkindlicher Förderung.

Wir fordern für Angestellte von Kommunalverwaltungen, Polizeibehörden und BürgerInnenämtern Fortbildungsmaßnahmen, die auch über die Situation und das Auftreten von Frauen in der Neonazi-Szene aufklären.

Wir fordern Planungssicherheit für BürgerInneninitiativen, Vereine und sonstige Institutionen der Zivilgesellschaft für deren Arbeit.

Wir fordern institutionalisierte Unterstützung und Beratung auf Bundes- und Länderebene, die sich mit der Beratung von Eltern/ Müttern befasst, deren Kinder in der rechtsextremen Szene tätig sind.

Allgemeine Anträge

51
52
53

Votum: mehrheitlich angenommen